6. Juni 2025

Stellungnahme des ZIV - Zweirad-Industrie-Verband e.V. zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz, und nukleare Sicherheit für ein Gesetz zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Bearbeitungsstand: 23.05.2025)

Wir bedanken uns für die Zusendung des oben genannten Referentenentwurfs und die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der ZIV - Zweirad-Industrie-Verband e.V. ist die nationale Interessenvertretung der deutschen und internationalen Fahrradindustrie. Als Branchenverband bündelt und vertritt der ZIV die Interessen von über 140 Mitgliedsunternehmen. 90 Prozent der 2024 in Deutschland produzierten Fahrräder und E- Bikes stammen von Mitgliedsunternehmen des ZIV.

Zum Referentenentwurf nehmen wir wie folgt Stellung.

Seitens des ZIV **begrüßen wir ausdrücklich die Pflicht zur Beteiligung der Batterie-Hersteller an einer Organisation für Herstellerverantwortung** (§ 7), sehen allerdings die neu aufgenommene **Möglichkeit der individuellen Wahrnehmung** einer erweiterten Herstellerverantwortung mit **großer Skepsis**, da sich der zusätzliche Nutzen dieser Regelung uns nicht erschließt.
In der Fahrradbranche besteht eine Beteiligungspflicht bereits seit längerer Zeit. Seit über 15 Jahren bietet der ZIV gemeinsam mit der GRS Batterien Service GmbH eine Branchenlösung zur kostenfreien Rücknahme von E-Bike-Batterien an.

Wir begrüßen weiterhin die **klare Definition der Pflichten** der Endnutzer in § 6 und unterstützen ausdrücklich die **ausschließliche Erfassung von (LV-) Altbatterien durch Organisationen für Herstellerverantwortung**. Dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nun ausdrücklich verpflichtet werden, LV-Altbatterien zurückzunehmen, schafft zudem Klarheit und erleichtert den Nutzern deren Rückgabe. Diese Maßnahmen tragen wesentlich dazu bei, eine unsachgemäße Entsorgung, durch Trittbrettfahrer oder von privat, zu verhindern.

Durch die präzisen Vorgaben zur flächendeckenden Sammlung und regelmäßigen Abholung in § 8 wird einer unsachgemäßen Entsorgung vorgebeugt. Auch die Rücknahmepflicht der Händler ist aus dieser Sicht zu begrüßen. Die Informationspflichten in Kapitel 4 befürworten wir ebenfalls, nur durch entsprechende Aufklärung können Nutzer von LV-Batterien über deren Rückgabemöglichkeit informiert werden.

Wir begrüßen, dass im Vergleich zum Referentenentwurf des vergangenen Jahres, die **Gestaltung der Beiträge der Hersteller** an die Organisationen für Herstellerverantwortung angepasst wurden. Allerdings unterscheiden sich die in **§ 10** ausgeführten Regelungen zur ökologischen Gestaltung der Beiträge nach wie vor von denen der EU-Batterieverordnung. Laut

ZIV Zweirad-Industrie-Verband e.V. | Reinhardtstraße 7 | D-10117 Berlin
T +49 30 439 735 770 | contact@ziv-zweirad.de | www.ziv-zweirad.de
Geschäftsführer: Burkhard Stork | Vereins-Nr.: VR 1036

EU-Batterieverordnung § 57 Absatz 2 Buchstabe a stellen Organisationen für Herstellerverantwortung sicher, dass die Beiträge gegebenenfalls berücksichtigen, ob es sich um wiederaufladbare Batterien handelt, wie hoch der Rezyklatgehalt bei der Erzeugung der Batterien ist, ob die Batterien zur Wiederverwendung oder zur Umnutzung vorbereitet oder umgenutzt oder wiederaufgearbeitet wurden und welchen CO_2-Fußabdruck sie aufweisen.
Der vorliegende Referentenentwurf **macht Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit in §10 nun bindend** („sind […] zu berücksichtigen...“) Wir bezweifeln, dass eine solch wesentliche Änderung zulässig ist, da es sich beim EU-Batterierecht um eine Verordnung handelt. Zudem müssten die Organisationen für Herstellerverantwortung trotz fehlender objektiver Bewertungskriterien diese angeführten Kriterien jeweils in eigenem Ermessen beurteilen. Eine verpflichtende Berücksichtigung lehnen wir daher ab.
Verstärkt wird unsere Sorge noch durch die neu eingebrachte Möglichkeit der individuellen Wahrnehmung der erweiterten Herstellerverantwortung, da die Durchführbarkeit der ökologischen Gestaltung hierbei fraglich ist.

Änderungsvorschlag:
§10 Satz (1) wird entsprechend der EU Batterieverordnung im Wortlaut wie folgt geändert:
„Bei der Bemessung der Beiträge sind […] gegebenenfalls zu berücksichtigen“.

Zusätzlich möchten wir darauf hinweisen, dass bei der Erarbeitung der Neuregelungen zum Aufbau von Herstellerorganisationen und über die Erbringung von Sicherheitsleistungen **die Wirtschaftsbeteiligten auch in den vergangenen Monaten nicht hinreichend eingebunden** waren. Um in einem äußerst komplexen Marktumfeld einen effektiven und effizienten Vollzug sicherzustellen zu können, ist die Einbindung der relevanten Wirtschaftsbeteiligten in die untergesetzliche Regelsetzung und die Mitgestaltung der Vollzugsstrukturen aber dringend geboten.

Wir schließen uns daher ausdrücklich der Position einiger Rücknahmesysteme an, dringend eine Gemeinsame Herstellerstelle der Batteriehersteller einzurichten und tragen den Entwurf der Stiftung GRS Batterien zu einer zeitnahen und unaufwändigen Umsetzung mit (siehe Anlage 1).

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

ZIV – Die Fahrradindustrie

Burkhard Stork
Geschäftsführer

Tim Salatzki
Leiter Technik und Normung

Katharina Hinse
Leiterin Wirtschafts- und Industriepolitik

Vorschlag zur Ergänzung des Batterierecht-Durchführungsgesetzes (BattDG) im Rahmen des Batt-EU-AnpG (i.d.F. des Referentenentwurfes des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom 27.05.2025 (Bearbeitungsstand: 23.05.2025))

Hier: Gemeinsame Herstellerstelle der Batteriehersteller

Allgemeiner Hinweis: Der Vorschlag orientiert sich an den Regelungen §§ 31 ff. ElektroG über die dortige Gemeinsame Stelle. Er berücksichtigt - neben den Besonderheiten der Altbatterierücknahme - die Vorgaben der Verordnung (EU) 2023/1542 und das bisherige „Regelungsprogramm" des Referentenentwurfes (Bearbeitungsstand: 23.05.2025).

Ergänzende Vorschriften, einzufügen in Teil 2 Kapitel 6 (neuer Titel: „*Gemeinsame Herstellerstelle, Aufgaben und Befugnisse der zuständigen Behörden*"), dort als neuer „*Abschnitt 1 – Gemeinsame Herstellerstelle*" *[die bisherigen Abschnitte 1 und 2 werden dadurch zu den Abschnitten 2 und 3, ihre Vorschriften entsprechend neu nummeriert]*:

„Kapitel 6
Gemeinsame Herstellerstelle, Aufgaben und Befugnisse der zuständigen Behörden

Abschnitt 1
Gemeinsame Herstellerstelle

§ *29* Aufgaben der Gemeinsamen Herstellerstelle

(1) Die Gemeinsame Herstellerstelle unterstützt die zuständigen Behörden bei der Vorbereitung ihrer Entscheidungen und Maßnahmen nach den Artikeln 55 bis 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 und *§ 5, § 8, § 9, § 12, § 30 Absatz 1, § 30 Absatz 2 und 5 bis 8, § 31und § 32*.[1]

(2) Die Gemeinsame Herstellerstelle berät und unterstützt die zuständigen Behörden bei der Erstellung allgemeiner Richtlinien, Vollzugshinweise

[1] Alle Bezugnahmen auf §§-Angaben in dem hier vorgelegten Regelungsvorschlag beziehen sich auf die aktuelle Nummerierung der Vorschriften in dem Referentenentwurf des BMUKN (Bearbeitungsstand: 23.05.2025). Sie sind im Zuge der weiteren Behandlung des Referentenentwurfes zu überprüfen und ggf. zu aktualisieren. Mit gelber Markierung unterlegte §§- und Absatzangaben sind bei Einfügung des hier vorgelegten Regelungsvorschlags an der vorgeschlagenen Stelle (nach § 28) in jedem Falle zu ändern, da sich durch die hier vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen entsprechende Verschiebungen ergeben.

sowie sonstiger der Umsetzung der Aufgaben nach den in Absatz 1 genannten Vorschriften dienender Regelwerke. Die zuständigen Behörden holen vor Erlass der in Satz 1 genannten Richtlinien, Vollzugshinweise oder Regelwerke eine Stellungnahme der Gemeinsamen Herstellerstelle hierzu ein.

(3) Die Gemeinsame Herstellerstelle legt die für die Bemessung der Sicherheit nach Artikel 58 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 zur Deckung der Kosten, die dem Hersteller oder der Organisation für Herstellerverantwortung bei Nichterfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung, auch bei dauerhafter Beendigung seiner bzw. ihrer Tätigkeiten oder Insolvenz, in Verbindung mit Abfallbewirtschaftungstätigkeiten entstehen können, wesentlichen Faktoren fest. Dies umfasst jedenfalls Ausgleichssätze je Kategorie von Batterien nach Maßgabe von § 31 Absatz 1 und allgemeine Richtlinien für die Bemessung der der Sicherheitsleistung zugrunde zu legenden Sammelmenge unter Berücksichtigung gesetzlicher Sammelverpflichtungen und des zu erwartenden Zeitraumes und Umfanges der Nichterfüllung der Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung.[2]

(4) Im Falle des Wegfalls einer Organisation für Herstellerverantwortung im Sinne von *§ 12 Absatz 1* ermittelt die Gemeinsame Herstellerstelle deren noch nicht erfüllte Verpflichtungen und teilt diese der zuständigen Behörde zur Vorbereitung der Feststellungsentscheidung nach *§ 30 Absatz 5 Satz 1* mit. Die Gemeinsame Herstellerstelle ermittelt ferner den Umfang der seitens der weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung diesbezüglich zu erfüllenden Auffangsammelpflicht gemäß *§ 12 Absatz 2* und teilt diesen der zuständigen Behörde zur Vorbereitung der Zuweisungsentscheidung nach *§ 30 Absatz 6 Satz 1* mit. Die Gemeinsame Herstellerstelle nimmt die Meldungen der weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung hinsichtlich des zur Erfüllung ihrer Auffangsammelverpflichtung nachgewiesenen Gewichts an gesammelten Altbatterien entgegen, berechnet ihren jeweiligen Ausgleichsanspruch nach *§ 12 Absatz 3* und unterstützt sie bei der Durchsetzung des Ausgleichsanspruches.

(5) Die Gemeinsame Herstellerstelle veröffentlicht die folgenden Angaben zu den registrierten Herstellern und den registrierten Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung auf ihrer Internetseite:

1. Name, Anschrift und Internetadresse des Herstellers oder von dessen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung,

2. im Fall der Bevollmächtigung: Name und Anschrift des vertretenen Herstellers,

3. die Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 sowie 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542, die der Hersteller in Verkehr bringt,

4. die Marke, unter der der Hersteller die Batterien in Verkehr bringt, und

[2] Aufgrund der hier vorgeschlagenen Aufgabenzuweisung entfällt der Berechnungsmodus in § 9 Abs. 3 BattDG-RE.

5. Name und Rechtsform der Organisation für Herstellerverantwortung, die der Hersteller oder dessen Bevollmächtigter beauftragt hat.

Die Veröffentlichung ist zu untergliedern nach Herstellern von Gerätebatterien, LV-Batterien sowie Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien und muss für jeden Hersteller die Angaben nach Satz 1 sowie das Datum der Registrierung enthalten. Für Hersteller, die aus dem Markt ausgetreten sind, ist zusätzlich das Datum des Marktaustritts anzugeben. Die Angaben nach Satz 1 sind mit Ablauf des dritten Kalenderjahres nach dem Datum des angezeigten Marktaustritts des Herstellers im Internet zu löschen. Die Sätze 2 bis 4 gelten im Fall der Bevollmächtigung mit der Maßgabe, dass die Daten zum Bevollmächtigten je vertretenen Hersteller zu veröffentlichen sind.[3]

(6) Die Gemeinsame Herstellerstelle veröffentlicht auf ihrer Internetseite den Namen und die Anschrift der zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung.[4]

(7) Die Gemeinsame Herstellerstelle veröffentlicht auf ihrer Internetseite die nach *§ 11 Absatz 8* von den Organisationen für Herstellerverantwortung angezeigten ausgewählten Abfallbewirtschafter sowie das Bundesland und die Postleitzahl des Sitzes des Abfallbewirtschafters. Wird die Auswahl eines Abfallbewirtschafters aufgehoben, löscht die Gemeinsame Herstellerstelle auf ihrer Internetseite den Eintrag des betreffenden Abfallbewirtschafters.[5]

§ 30 Informationsaufgaben und -pflichten der Gemeinsamen Herstellerstelle[6]

(1) Die Gemeinsame Herstellerstelle erfüllt für die Hersteller bzw. die Organisationen für Herstellerverantwortung die Aufgaben nach Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542. Ergänzend hierzu ist die Gemeinsame Herstellerstelle verpflichtet, die Endnutzer mindestens in deutscher Sprache zu informieren über

1. die Verpflichtung der Endnutzer nach *§ 6 Absatz 1* zur Entsorgung von Altbatterien,

2. Sinn und Zweck der getrennten Sammlung von Altbatterien,

3. Abfallvermeidungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Vermeidung von Vermüllung,

4. die Möglichkeiten der Vorbereitung zur Wiederverwendung von Altbatterien,

[3] Der hier vorgeschlagene Absatz 5 entspricht § 30 Abs. 3 BattDG-RE (inhaltlich unverändert) – dort noch als Aufgabe der zuständigen Behörde.
[4] Der hier vorgeschlagene Absatz 6 entspricht § 30 Abs. 4 BattDG-RE (inhaltlich unverändert) – dort noch als Aufgabe der zuständigen Behörde.
[5] Der hier vorgeschlagene Absatz 7 entspricht § 31 Abs. 2 BattDG-RE (inhaltlich unverändert) – dort noch als Aufgabe der zuständigen Behörde.
[6] Die Regelung wurde aus § 25 BattDG-RE (dort an die Gesamtheit der OfH gerichtet und i.W. zu erfüllen durch einen beauftragten Dritten) übernommen und an eine unmittelbare Aufgabenträgerschaft der Gemeinsamen Herstellerstelle angepasst; die Beauftragung eines Dritten durch die OfH wird dadurch obsolet.

5. die Risiken beim Umgang mit lithiumhaltigen Batterien,

6. die Rücknahme- und Sammelstellen für Altbatterien sowie

7. die Bedeutung der Kennzeichnung für Rücknahme- und Sammelstellen nach *Absatz 3*.

(2) Die Information nach *Absatz 1* hat in regelmäßigen Zeitabständen zu erfolgen und soll sowohl lokale als auch überregionale Maßnahmen beinhalten.

(3) Die Gemeinsame Herstellerstelle hat eine gemeinsame einheitliche Kennzeichnung für Rücknahme- und Sammelstellen zu entwerfen, diese den Rücknahmestellen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und bei den Rücknahme- und Sammelstellen dauerhaft für die Nutzung der Kennzeichnung zu werben.

(4) Für die Zwecke der Erfüllung der Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 3 hat die Gemeinsame Herstellerstelle einen Beirat für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation einzurichten, dem folgende Vertreter angehören:

1. Vertreter der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger,

2. Vertreter der Verbraucherschutzorganisationen,

3. Vertreter der Hersteller- und Handelsverbände,

4. Vertreter der Entsorgungswirtschaft sowie

5. Vertreter der Länder und des Bundes.

Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(5) Die Kosten für die Erfüllung der Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 4 tragen die Organisationen für Herstellerverantwortung entsprechend dem Marktanteil der in Verkehr gebrachten Masse an Batterien der jeweils bei ihnen selbst beteiligten Hersteller oder über einen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung beteiligten Hersteller.

§ *31* Befugnisse der Gemeinsamen Herstellerstelle

(1) Die Gemeinsame Herstellerstelle legt je Kategorie von Batterien Ausgleichssätze für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs nach *§ 12 Absatz 3* fest, die durch Allgemeinverfügung der zuständigen Behörde nach § *30* *Absatz 7* öffentlich bekannt zu geben sind. Die Ausgleichssätze sollen die Kosten decken, die der Organisation für Herstellerverantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen in Wahrnehmung der Herstellerverantwortung je Gewichtseinheit in Verbindung mit Abfallbewirtschaftungstätigkeiten entstehen,

und einen angemessenen Risikoaufschlag enthalten. Die Ausgleichssätze sind regelmäßig, mindestens alle fünf Jahre, zu aktualisieren.[7]

(2) Die Gemeinsame Herstellerstelle darf Verträge über die Erbringung von Entsorgungsdienstleistungen mit Entsorgungsunternehmen weder schließen noch vermitteln.[8]

(3) Die Gemeinsame Herstellerstelle kann von der zuständigen Behörde Ersatz für Kosten verlangen, die ihr für die

1. Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1,

2. die Leistungen nach § *29* Absatz 1,

3. die Mitwirkung bei der Regelsetzung nach § *29* Absatz 2,

4. die Mitwirkung bei der Bemessung der Sicherheitsleistung nach § *29 Absatz 3*,

5. die Mitwirkung bei der Feststellung noch nicht erfüllter Verpflichtungen einer weggefallenen Organisation für Herstellerverantwortung, der Ermittlung und Erfüllung Auffangsammelpflicht der weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung und bei der Ermittlung und Durchsetzung der ihnen zustehenden Ausgleichsansprüche nach § *29 Absatz 4*,

6. die Erfüllung der Veröffentlichungsverpflichtungen nach § 29 Absatz 5 bis 7,

entstehen. Kosten im Sinne des § 9 Absatz 1 des Bundesgebührengesetzes sind auch die nach Satz 1 zu ersetzenden Kosten.[9]

§ *32* Organisation der Gemeinsamen Herstellerstelle[10]

(1) Die Gemeinsame Herstellerstelle muss durch Satzung, Gesellschaftsvertrag oder sonstige Regelung

1. ihre in §§ *29 bis 31* genannten Aufgaben verbindlich festlegen,

2. ihre satzungsmäßige oder gesellschaftsvertragliche Organisation so ausgestalten, dass Vertreter von Organisationen für Herstellerverantwortung sowie Batterieherstellern aller Batteriekategorien

[7] Regelungsvorschlag in Anlehnung an § 30 Abs. 7 BattDG-RE, der infolgedessen hinsichtlich der materiellen Aufgabe der Kostenermittlung und Festlegung der Ausgleichssätze entsprechend zu reduzieren ist.
[8] Regelungsvorschlag in Anlehnung an § 33 Abs. 2 ElektroG.
[9] Regelungsvorschlag in Anlehnung an § 33 Abs. 3 ElektroG; dieser ist nach abschließender Entscheidung und Regelung der Aufgaben der Gemeinsamen Herstellerstelle noch anzupassen.
[10] Regelungsvorschlag in Anlehnung an § 35 ElektroG.

nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 in dem die Geschäftsführung bzw. den Vorstand der Gemeinsamen Herstellerstelle ernennenden und kontrollierenden Organ angemessen repräsentiert sind;

3. ihre Organisation und Ausstattung so ausgestalten, dass eine ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben sichergestellt ist,

4. gewährleisten, dass sie für alle Hersteller aller Batteriekategorien nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder im Fall der Bevollmächtigung nach *§ 37 Absatz 2 Satz 1* für deren Bevollmächtigte sowie für alle Organisationen für Herstellerverantwortung zu gleichen Bedingungen zugänglich ist und alle Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach *§ 37 Absatz 2 Satz 1* deren Bevollmächtigte an der internen Regelsetzung mitwirken können, und

4. gewährleisten, dass die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen eingehalten werden.

Die Satzung, der Gesellschaftsvertrag oder die sonstige Regelung ist im Internet zu veröffentlichen.

(2) Die Gemeinsame Herstellerstelle richtet einen Beirat ein. Dem Beirat müssen Vertreter der Hersteller, im Fall der Bevollmächtigung nach *§ 37 Absatz 2 Satz 1* der Bevollmächtigten, der Organisationen für Herstellerverantwortung, der Vertreiber, der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, des Bundes und der Länder sowie der Entsorgungswirtschaft und der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände angehören. Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Die zuständige Behörde nach § *33* kann die Gemeinsame Stelle nach § 5 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes mit den Aufgaben und Befugnissen der Gemeinsamen Herstellerstelle nach §§ *29 bis 32* betrauen, wenn diese alle gesetzlichen Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt, insbesondere die Vertreter von Batterieherstellern aller Batteriekategorien nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 im Kuratorium der Gemeinsamen Stelle nach § 5 Elektro- und Elektronikgerätegesetz angemessen repräsentiert sind.

Folgeänderungen:

- Die bisherigen Abschnitte 1 und 2 des Kapitels 6 des Teils 2 werden zu Abschnitten 2 und 3.
- Die bisherigen §§ 29 ff. BattDG-RE werden zu §§ 33 ff.
- Streichung der §§ 25, 30 Abs. 3 und 4 sowie 31 Abs. 2 BattDG-RE (die dortigen Aufgaben werden nach Maßgabe des vorstehenden Regelungsvorschlages auf die Gemeinsame Herstellerstelle verlagert).

Weitere Änderung des BattDG-RE in § *34* – **Ermächtigung zur Beleihung**:

§ *34* Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert/ergänzt (Änderung/Ergänzung kursiv und im Fettdruck):

„**§ *34***

Ermächtigung zur Beleihung

(1) Die zuständige Behörde wird ermächtigt, die ***Gemeinsame Herstellerstelle nach § 29 und, unter den Voraussetzungen des § 29 Absatz 3 in Verbindung mit Absatz 1, die Gemeinsame Stelle nach § 5 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes, sofern sie als Gemeinsame Herstellerstelle nach § 29 fungiert,*** mit den Aufgaben und Befugnissen nach § 5 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 2 Satz 2 bis 4, § 8 Absatz 1 Satz 3 und 6, Absatz 4 Satz 4 und 6 und Absatz 6, 7 und 9, § 9 Absatz 4, den §§ 30 bis 33 und § 38 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 38 Absatz 2, und dem Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 zu beleihen. Die Aufgaben schließen die Vollstreckung“ *[weiter mit bisherigem Text].*

****

Entwurf